



Magdeburg, den 29.04.2013
00-00-30 lau-he

N i e d e r s c h r i f t

**über die außerordentliche Sitzung des Präsidiums des Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt am Montag, dem 22. April 2013, 09:00 Uhr,
im kleinen Ratssaal des Alten Rathauses der Lutherstadt Wittenberg,
Markt 26, 06886 Lutherstadt Wittenberg**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 09:40 Uhr

Anwesend sind:

a) Mitglieder:

Präsident Bürgermeister Norbert Eichler, Stadt Haldensleben
Erster Vizepräsident Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht, Stadt Quedlinburg
Vizepräsident Oberbürgermeister Klemens Koschig, Stadt Dessau-Roßlau
Verbandsgemeindebürgermeisterin Ines Becker, Verbandsgemeinde Westliche Börde
Bürgermeister Olaf Heinrich, Stadt Landsberg
Bürgermeister Denis Loeffke, Stadt Ilsenburg/Harz
Bürgermeister Dr. Rudolf Opitz, Stadt Tangermünde
Bürgermeister Heinrich Schmauch, Beetzendorf
Bürgermeister Rainer Sempert, Stadt Könnern
Verbandsgemeindebürgermeister Götz Ulrich, Verbandsgemeinde An der Finne
Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand, Stadt Halle (Saale)
Oberbürgermeister Kurt-Jürgen Zander, Stadt Köthen/Anhalt)
Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker, Magdeburg

b) stellvertretende Mitglieder:

Bürgermeister Dirk Könnecke, Stadt Lützen
Bürgermeister Frank von Holly, Stadt Möckern
Oberbürgermeisterin Petra Wust, Stadt Bitterfeld-Wolfen
Oberbürgermeister René Zok, Stadt Staßfurt
Erster Beigeordneter Heiko Liebenehm

c) von der Landesgeschäftsstelle:

Sachgebietsleiterin Sylvia Laumann

Entschuldigt:

Vizepräsident Bürgermeister Dietmar Brettschneider, Stadt Jessen (Elster)
 Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Landeshauptstadt Magdeburg

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
2. Personalangelegenheiten;
 Entscheidung über die Besetzung der ausgeschriebenen Referentenstelle im Referat 6
3. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Zu TOP 1 - Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Brecht begrüßt und eröffnet die Sitzung.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Das Präsidium vereinbart, dass Frau Laumann in dieser außerordentlichen Präsidiumssitzung, in der Personalangelegenheiten behandelt werden, die Protokollführung übernehmen darf. Dies wird begründet, dass es sich nicht um Personalangelegenheiten von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle, sondern um eine Entscheidung über die Besetzung der ausgeschriebenen Referentenstelle im Referat 6 handele.

Zu TOP 2 - Personalangelegenheiten;**Entscheidung über die Besetzung der ausgeschriebenen Referentenstelle im Referat 6**

Herr Leindecker führt in das Thema ein und berichtet, dass die Referentenstelle für das Referat 6 der Landesgeschäftsstelle aufgrund der langjährigen Erkrankung des bisherigen Referenten, Herrn Wolf, und dessen Versetzung in den Ruhestand zum 31.01.2013 notwendig geworden war. In Vorbereitung der Ausschreibung dieser Stelle wurde das Aufgabenfeld des Referates 6 überarbeitet. Der Baubereich, welcher bisher von Herrn Baier bearbeitet wurde, wird in das Referat 6 überführt. Die Finanzangelegenheiten der Europäischen Union werden vom Finanzreferenten, Herrn Langhoff, bearbeitet. Zudem gab es noch einige Veränderungen zwischen den einzelnen Referaten, was nunmehr zu der mit dem Vorbericht versandten Stellenbeschreibung führe. Nach Ablauf der Bewerbungsfrist wurden die Vorstellungsgespräche an zwei Tagen durchgeführt. Die Vorstellungsgespräche haben für das geschäftsführende Präsidium Herr Präsident Eichler und für die Landesgeschäftsstelle der Landesgeschäftsführer und der Erste Beigeordnete durchgeführt.

Herr Liebenehm ergänzt, dass 20 Bewerber die Befähigung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst aufgewiesen haben. 6 Bewerber haben zu dieser Qualifikation auch noch

Kommunalerfahrung in verschiedenen Institutionen nachzuweisen. Ein in die engere Auswahl gezogener Bewerber konnte wegen Urlaub an den Bewerbungsgesprächen nicht teilnehmen. Die eingeladenen 5 Bewerber haben in ihren bisherigen Tätigkeiten auch in Verwaltungen gearbeitet, aber die in der Stelle ausgeschriebene Sachgebiete nicht alle umfänglich bearbeitet. Die nunmehr vorgeschlagene Kandidatin, Frau Kagelmann, habe zunächst eine Ausbildung zum Diplomverwaltungswirt absolviert und dann ein Jurastudium beendet und somit die Qualifizierung für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst erlangt. Nach ihrer Tätigkeit an der Universität Kiel arbeitete sie bei einem Bundestagsabgeordneten und seit ca. 1 ½ Jahren für die Gemeinde Sülzetal als Hauptamtsleiterin.

Herr Eichler schätzt ein, dass die Bewerberin sehr zielstrebig und orientiert arbeite und sich persönlich das Ziel gestellt habe, sich weiter zu entwickeln. Nach Abschluss aller Bewerbungsgespräche müsse eingeschätzt werden, dass die Bewerberin, Frau Kagelmann, die Voraussetzungen am besten erfülle.

Herr Liebenehm ergänzt, dass Frau Kagelmann die einzige Bewerberin war, welche konkrete Vorstellungen von der inhaltlichen Arbeit eines kommunalen Spitzenverbandes habe. Er ergänzt, dass Frau Kagelmann kein beamtenrechtsähnliches Arbeitsverhältnis in Aussicht gestellt wurde.

Das Präsidium fasst folgenden Beschluss:

Auf Vorschlag des Landesgeschäftsführers wird als Referentin für das Referat 6 (Bauen, Öffentliches Auftragswesen, Öffentliche Sicherheit und Ordnung) ab 01. Juni 2013 Frau Elke Kagelmann-Ayszoll eingestellt. Es wird ein Arbeitsvertrag auf der Grundlage des TVöD nach der Entgeltgruppe 13 abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Zu TOP 3 - Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Herr Leindecker berichtet, dass verschiedene Mitgliedsgemeinden der Landesgeschäftsstelle gegenüber geäußert haben, dass die Folgen der Winterschäden eine erhebliche Größenordnung in Anspruch nehmen. Der durchschnittliche Unterhaltungsaufwand der Straßen nach Beendigung des Winters sei seit 2009 erheblich gestiegen. Es stelle sich die Frage, inwieweit bei der Landesregierung ein so genanntes Schlaglochprogramm wieder eingefordert werden solle.

Herr Eichler sagt, dass ein Schlaglochprogramm die grundsätzlichen Probleme bei der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs nicht löse. Es müsse sich vielmehr die Frage gestellt werden, wie die fehlenden Mittel eingeworben werden und die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs grundlegend verbessert werden kann.

Herr Zander und Herr Dr. Brecht unterstützen diese Auffassung.

Herr Wiegand zeigt auf, dass einzelne Lösungen für gewisse Probleme im Land für ihn nicht umfänglich genug seien. Es stelle sich doch eher die Frage, wie mit den vorhandenen finanzia-

ellen Mitteln von Bund, Ländern und Kommunen eine ausreichende Finanzierung in allen Bereichen gelingen könne. Dabei müsse eine Einzellösungsbetrachtung außen vor stehen.

Herr Leindecker berichtet über das Gutachten für die Remanenzkosten. Das Finanzministerium wolle keine kostendeckenden Einrichtungen für Abfall, Wasser und Abwasser berücksichtigen. Diese seien aber in besonders hohem Maße von Remanenzkosten betroffen.

Herr Loeffke informiert, dass die Stadt Ilseburg aufgefordert sei, eine Lärmschutzplanung zu erstellen. Er fragt an, inwieweit andere Gemeinden hierzu bereits aufgefordert wurden und wie die Planungen dazu aussehen.

Herr Leindecker führt aus, dass die Gemeinden zunächst vom Land zur Erstellung der Lärmkartierung aufgefordert worden waren. Daraufhin wurde von der Landesgeschäftsstelle den Mitgliedern empfohlen, die Lärmkartierung unter Vorbehalt zu erstellen. Die Stadt Naumburg habe in einem Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Halle eine Überprüfung beantragt. Das Eilverfahren wurde abgelehnt. Naumburg wolle in der Hauptsache den Prozess in den anderen Instanzen fortführen. Das Verwaltungsgericht Magdeburg habe lediglich entschieden, dass die Lösung des Sachverhaltes in einem Eilverfahren nicht möglich sei. Die Erstellung der Lärmschutzplanung solle demnach ebenfalls unter Vorbehalt erfolgen in der Hoffnung, dass dann eine positive Urteilssprechung zur Lärmkartierung vorliege.

Herr Ulrich spricht das Problem der produktneutralen Ausschreibung an. Die Auszahlung der Fördermittel wurde generell nicht vorgenommen. Das Landesverwaltungsamt habe seinerzeit zugesagt, dass die unstrittigen Teile des Vorgangs ausgezahlt werden und nur die streitigen Teile einbehalten. Diese zugesagte Vorgehensweise sei in der Praxis nicht vollzogen worden.

Herr Leindecker sagt zu, den Sachverhalt in der Dienstberatung der Hauptverwaltungsbeamten am 26.04.2013 anzusprechen und das Ergebnis mitzuteilen.

Herr Dr. Brecht geht noch einmal auf die Kürzungen der Städtebaufördermittel auf Bundesebene ein. Die eingesparten Mittel seien für Ausgaben in Verkehrsprojekten verwendet worden. Die massive Aufstockung des Verkehrsetats könne unter dem Gesichtspunkt der Demografie nicht verstanden werden. Die demografische Entwicklung werde die Verringerung von Verkehrsaufkommen und Verkehrsströmen nach sich ziehen. Deshalb müsse in bestehende Infrastruktur investiert werden und nicht auf Ausweitung dieser.

Norbert Eichler
Präsident

Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Sylvia Laumann
Protokollführerin